

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel

Redaktion: Dr. Hans E. Mühlemann
Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel
Erscheint wöchentlich - Basel, den 16. September 1950 - 50. Jahrgang - Nr. 37

«Vom 2. August bis zum 31. Juli»

Wenn die Festtagsglocken zum 1. August verklungen sind, dann bemächtigt sich manchen Schweizers das Gefühl, nun seien auch Versprechungen und Worte vergessen, die da in nationalem Hochschwung gesprochen worden sind. Das aber kann nie die Meinung des 1. August sein, dass all die Versprechungen und Worte, kaum dass der Tag zur Neige geht, wieder der Vergangenheit anheimfallen. Unsere Demokratie muss gerade heute, soll sie bestehen können, eine *Demokratie der Tat* sein.

Aehnliches gilt wohl auch für unsere Genossenschaftsbewegung. Wir haben am vergangenen Sonntag zum 28. Mal den *Internationalen Genossenschaftstag* gefeiert, und wir wissen, dass in zahlreichen Genossenschaften dieser Tag feierlich begangen worden ist. Bestimmt sind dabei auch viele Worte gefallen über die Bedeutung der Genossenschaft in der Zukunft, über ihre Leistungen in der Vergangenheit, über das, was die Genossenschaft uns allen verspricht, wenn wir an ihren Grundsätzen festhalten.

Wir haben im Blick auf den Genossenschaftstag diese Grundsätze hier zusammengestellt und sie im einzelnen kurz besprochen. Wir glauben jedoch, dass das nicht genügt, dass vielmehr darüber hinaus viel stärker als das bis heute spürbar ist, diese für unsere Bewegung wichtige Ueberlieferung festgehalten und entwickelt werden muss.

Wir glauben, dass der Genossenschaftstag willkommener Anlass sein muss, uns Rechenschaft abzulegen über das Erreichte und das zu Erstrebende, dass er nicht einfach eine Gelegenheit sein darf, wo man wieder einmal sich der ideellen Seite der Genossenschaft nur *erinnert* und es damit genug sein lässt, sondern dass er insofern lebendigste Wirklichkeit sein muss, als von ihm her der ganzen Bewegung neue Kräfte zuwachsen müssen, die es ermöglichen, unsere Bewegung gemäss ihren Grundsätzen weiterzugestalten und auszubauen.

Es genügt gerade heute nicht mehr, dass unser Verband und die Genossenschaften — mit grossen Umsatzzahlen aufwarten können, so wichtig diese auch sein mögen; nötig ist vielmehr, dass wir uns immer bewusst sind, dass an die Seite der Umsätze, an die Seite der Handels- und Produktionstätigkeit der Genossenschaften der Genossenschaftsgedanke treten muss, ja, dass dieser Genossenschaftsgedanke mehr als bisher zum beherrschenden Gesichtspunkt werden muss. Nicht allein deshalb wurden die Genossenschaften gegründet, damit sie grosse Umsätze zu erzielen vermögen; sie wurden vielmehr gegründet, um dem Menschen, vor allem dem Konsumenten zu dienen. Und sie dienen dem Menschen und dem Konsumenten heute auch wirklich. Sie vermögen aber, auf lange Sicht gesehen, diesen Dienst nur dann zu erfüllen, wenn sie selbst durchdrungen bleiben vom Geist der Genossenschaft, der sie in allen ihren Handlungen leiten muss.

Nur in diesem Sinne scheint uns der Genossenschaftstag richtig verstanden, dass wir danach streben, getreu den Grundsätzen der Rochdaler Pioniere unsere Bemühungen, nicht nur die Handels- und Produktionstätigkeit zu entfalten, sondern darüber hinaus unsere ganze Tätigkeit *das ganze Jahr hindurch* unter diese wenigen einfachen aber richtigen Grundsätze zu stellen. In diesem Sinne allein erhält ein Tag, wie es der Genossenschaftstag ist und sein soll, seine wirkliche Bedeutung, wenn sein Inhalt uns zum Leitstern in allen unsern Handlungen wird.

M.

Der Internationale Genossenschaftsbund in Helsinki

II.

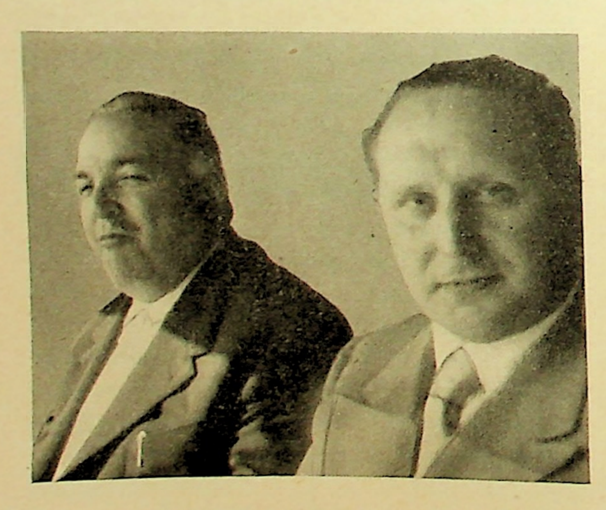
Sitzung des Exekutivkomitees (14. und 15. August)

Die übrigen Punkte der Tagesordnung des Exekutivkomitees waren vornehmlich Gegenstände, die zuhanden der Sitzung des Zentralkomitees, in dem sie nachher gründlicher behandelt werden konnten, vorbereitet wurden. Ich werde mich darauf beschränken, hier vier dieser Gegenstände näher zu beleuchten, nämlich die italienische Vertretung im Zentralkomitee, die Veröffentlichungen des IGB, die Beziehungen des IGB zu den Vereinten Nationen, sowie Neuaufnahmen und Beiträge.

Die italienische Vertretung im Zentralkomitee

Das anlässlich der Sitzung des Zentralkomitees in Rom im Jahre 1948 getroffene Uebereinkommen zwischen der *Lega nazionale delle cooperative e mutue* und der *Confederazione cooperativa italiana* hatte sich praktisch niemals bewährt. Ganz im Gegenteil hatten sich die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen immer mehr einem bedauerlichen Spannungszustand genähert, der der italienschen Genossenschaftsbewegung schadete. Erwähnen wir hier, dass die Lega Organisationen aller Tendenzen umfasst, wobei jedoch die Elemente der äussersten Linken vorwiegen, während die Confederazione den christlichen Demokraten nahesteht.

Auf Grund von Auseinandersetzungen zwischen den beiden Organisationen in der Presse war die Frage dem Exekutivkomitee im vergangenen Jahr anlässlich seiner Sitzung in Paris unterbreitet worden. Dabei bildete auch die Vertretung der beiden sich bekämpfenden Organisationen im Zentralkomitee des IGB (7 Sitze der *Lega* gegenüber 3 der *Confederazione)* Gegenstand der Auseinandersetzungen. Das Exekutivkomitee ernannte deshalb eine aus seinem Präsidenten T. H. *Gill*, der Generalsekretärin Miss G. F. *Polley* sowie aus M. *Brot*, Ch.-H. *Barbier* und J. *Charbo* bestehende Delegation, der es den Auftrag erteilte, eine gründliche Untersuchung der Lage der italienischen Genossenschaftsbewegung durchzuführen und womöglich eine Einigung herbeizuführen.



Abgeordneter Foresi und Muljettani, Delegierte der Confederazione cooperativa italiana im Zentralkomitee des IGB. Die weiteren Delegierten waren Fräulein Rivaz-Sanseverino, Professor an der Universität Pisa, und Albonetti.

Diese Aufgabe wurde von Erfolg gekrönt und die italienischen Genossenschaftsorganisationen unterzeichneten das folgende Uebereinkommen, von dem das Exekutivkomitee und nachher das Zentralkomitee mit grosser Befriedigung Kenntnis nahmen:

«1. Die beiden Verbände erklären sich mit den Vorschlägen der Delegation des IGB betreffend die gegenwärtige Vertretung der italienischen Genossenschaftsbewegung im Zentralkomitee in dem Sinne einverstanden, dass auf die *Lega nazionale delle cooperative e mutue* sechs und auf die *Confederazione cooperativa italiana* vier Vertreter entfallen.

2. Die beiden Organisationen, die schon heute im Rahmen der staatlichen Zentralkommission für Genossenschaftsfragen zusammenarbeiten, sind darüber hinaus bereit, jedesmal zu Besprechungen zusammenzutreten, wenn sich das als notwendig erweist, um die Fragen, die für den Fortschritt des Genossenschaftswesens im allgemeinen von Bedeutung sind, gemeinsam zu behandeln.

3. Beide Zentralorganisationen werden ihren Einfluss geltend machen, um jede öffentliche Kritik oder Pressepolemik, die sich gegen die andere Organisation richtet, zu vermeiden.

Indem sie von diesem Uebereinkommen Kenntnis nehmen, haben der Präsident und die Delegation des IGB das lebhafte Bedürfnis, ihrer Genugtuung Ausdruck zu geben über die Erleichterungen, die ihnen von beiden Organisationen gewährt worden sind, um ihre Aufgabe erfüllen zu können und insbesondere die Mitgliederbestände zu prüfen. Vor allem auf Grund der vorgelegten statistischen Unterlagen war es der Delegation des IGB möglich, einen Vorschlag in bezug auf die Vertretung im Zentralkomitee auszuarbeiten.

Die Delegation des IGB bestätigt, dass, welches auch immer der Unterschied in den Mitgliederbeständen der beiden italienischen Organisationen sein möge, die beiden Bewegungen im Rahmen des IGB als gleichberechtigt anerkannt werden.

Der Präsident und die Mitglieder der Delegation des IGB betrachten den Geist genossenschaftlicher Zusammenarbeit, der sich während der gemeinsamen Sitzungen feststellen liess als Gewähr für die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der *Lega nazionale delle cooperative e mutue* und der *Confederazione cooperativa italiana*, das Gedeihen der italienischen Genossenschaften und die Einheit der internationalen Bewegung.»

Die nach Italien entsandte Delegation hat eine ausserordentlich interessante Untersuchung durchführen können; der Geist bereitwilliger Zusammenarbeit, von dem sowohl die Lega als auch die Confederazione Zeugnis ablegten, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Was die Lega betrifft, so scheint uns das von dieser angewandte Kontrollsystem der Mitgliedschaft von besonderem Interesse zu sein. Es könnte vielen genossenschaftlichen Organisationen als Vorbild dienen.

Die erzielte Verständigung rechtfertigt einige Bemerkungen. Zwei genossenschaftliche Organisationen eines Landes stehen der Tatsache sich stets verschlechternder Beziehungen gegenüber, die sich schliesslich zu einer

Art ständigen Konflikts ausweiten. Dazu gebracht, sich unter einer neutralen und die Verständigung fördernden Präsidentschaft zu treffen, anerkennen beide bald, dass die Schwierigkeiten, die von keiner Seite wirklich gewünscht worden sind, im Interesse der gemeinsamen Ideale vermieden werden können. Der gute Wille, sofern er wirklich vorhanden ist, vermag förmlich Wunder zu wirken. Aber, damit dieser gute Wille zum Durchbruch gelangen kann, ist es notwendig, dass beide in günstiger Atmosphäre, die ihnen gestattet miteinander zu verhandeln, sich begegnen. Allzuoft sind im Gegensatz dazu in den internationalen Beziehungen diese Bedingungen nicht erfüllt, und man geht bei der Besprechung schwieriger Probleme genau so vor, wie wenn die Personen, die sich begegnen, nicht eben auch Menschen wären und wie wenn es möglich wäre, der elementarsten psychologischen Voraussetzungen entraten zu können.

Publikationen des IGB

Mit Genugtuung stellten die Mitglieder des Exekutivkomitees und später auch diejenigen des Zentralkomitees fest, dass die «Internationale Genossenschaftliche Rundschau» unter der Leitung von *van Netten* bemerkenswerte Fortschritte sowohl in bezug auf das äussere Gesicht wie auch auf ihren Inhalt gemacht hat. Die internationale Genossenschaftsbewegung besitzt heute ein durchaus auf der Höhe seiner Aufgabe stehendes Organ der Nachrichtenübermittlung und des Gedankenaustausches, dem einzig noch eine wesentlich weitere Verbreitung unter den Genossenschaftern zu wünschen wäre.

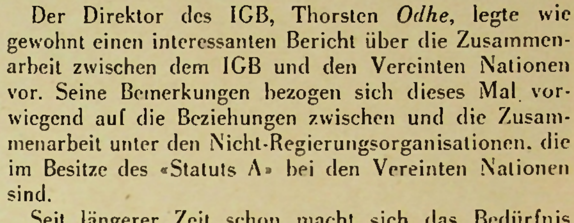
Wie bekannt, erscheint die Rundschau in drei Sprachen, ergibt aber unglücklicherweise immer noch Defizite. Die englische Ausgabe hat eine Auflage von 1838 Exemplaren erreicht und kostet den IGB heute noch 700 Pfund Sterling im Jahr. Die französische Ausgabe hat eine wesentlich kleinere Auflage (wir stellen fest, dass wir in der französischsprachigen Schweiz ungefähr 100 Abonnenten besitzen) und die deutsche Ausgabe zählt heute nur 1300 Abonnenten (wovon rund 100 in der deutschen Schweiz). Alle an der Verbreitung der Rundschau interessierten Genossenschaftsorganisationen werden in den kommenden Monaten grosse Anstrengungen unternehmen, um dieses Organ populärer zu machen. Ferner werden vom Sekretariat Massnahmen ins Auge gefasst, um die defizitäre Lage der Rundschau zu beheben.

Auch die neue Revue «*Cartels*» bildete Gegenstand der Diskussionen. Dieses Organ, das am 1. April 1950 zum erstenmal erschienen ist und vor allem vom neuen wirtschaftswissenschaftlichen Mitarbeiter des IGB *Evely* bearbeitet wird, hat zum Zweck, die Entwicklung von Trusts und Kartellen, die Gesetzgebung gegen die Trusts, deren Vorgehen auf dem Gebiet des Handels und den Schutz des Konsumenten zu studieren. Gegenwärtig nur alle drei Monate erscheinend, soll «*Cartels*», wie man hofft, in verhältnismässig kurzer Zeit in eine Monatsschrift umgewandelt werden. Auch hier können wir alle Genossenschaftsfunktionäre nur ermutigen, diese Schrift aufmerksam zu verfolgen und sie zu abonnieren.



Marcel Brot (Frankreich), Vizepräsident des IGB, dessen Interventionen sowohl im Exekutiv- wie im Zentralkomitee stets grosses Gewicht zukommt, verbindet er doch «bon sens» mit einer wahrhaften Rednergabe.

Der IGB und die Vereinten Nationen



Der Direktor des IGB, Thorsten *Odhe*, legte wie gewohnt einen interessanten Bericht über die Zusammenarbeit zwischen dem IGB und den Vereinten Nationen vor. Seine Bemerkungen bezogen sich dieses Mal vorwiegend auf die Beziehungen zwischen und die Zusammenarbeit unter den Nicht-Regierungsorganisationen, die im Besitze des «Statuts A» bei den Vereinten Nationen sind.

Seit längerer Zeit schon macht sich das Bedürfnis fühlbar, stete Beziehungen zwischen diesen Organisationen zu unterhalten, um die Erfahrungen gegenseitig austauschen zu können, die für die Aufrechterhaltung regelmässiger und wirksamer Beziehungen mit den verschiedenen Abteilungen des Sekretariats der Vereinten Nationen notwendigen technischen Dienste zu schaffen und bestimmte Interventionen gemeinsam vorzubereiten.

Auf Initiative einer kleinen Gruppe Interessierter, unter denen sich auch Thorsten *Odhe* selbst befand, wurde 1947 in Lake Success ein zunächst offiziöser Klub ins Leben gerufen, der in regelmässigen Abständen zusammentritt. Dieser Klub wurde auf Anregung des Departements für Information der Vereinten Nationen in ein offizielles Organ umgewandelt und als *Verbindungsausschuss der beratenden Organisationen* bezeichnet. Thorsten *Odhe* ist einer seiner Präsidenten.

Dieser Ausschuss hat enge Beziehungen mit den Sektionen für Verbindungswesen und Information des Sekretariats der Vereinten Nationen hergestellt und organisierte im Jahre 1948 in Genf eine erste Konferenz der beratenden Organisationen. Dabei wurde das Statut der internationalen Organisationen besprochen. Wir müssen, einerseits aus Mangel an Platz, anderseits, weil es sich bei den hier zur Diskussion stehenden Fragen vor allem um solche technischer Natur handelt, darauf verzichten, die vom erwähnten Ausschuss seither geleistete Arbeit, die in drei weiteren Zusammenkünften getan wurde, zu besprechen. Bei diesen Diskussionen wurden Beschlüsse vorbereitet, die zum Ziele haben, eine ständige Organisation ins Leben zu rufen, mit der Aufgabe:

a) periodische Zusammenkünfte zur Besprechung von Vorschlägen an die und der Arbeit der Vereinten Nationen vorzubereiten und abzuhalten;

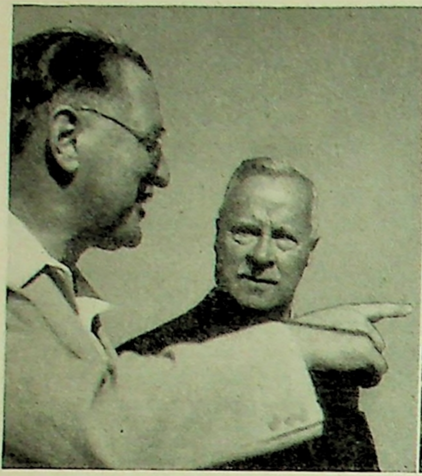
b) die technischen Auskunftsdienste mit den Vereinten Nationen zu verbessern;

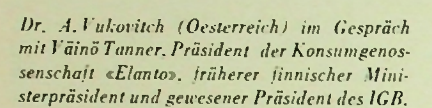
c) die Beziehungen unter den Mitgliedern der Konferenz zu erleichtern;

d) alle andern Aufgaben, die von der ständigen Konferenz entschieden werden können, zu übernehmen.

Das Exekutivkomitee hat, nachdem es diese Punkte besprochen hatte, den Schlussfolgerungen des Direktors über die Zusammenarbeit zwischen dem IGB und dieser ständigen Konferenz zugestimmt.

Ferner nahm das Exekutivkomitee Kenntnis von einem Vorschlag, der den Verband internationaler Vereini-

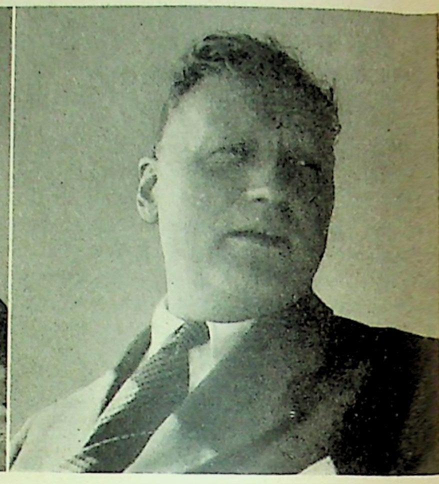




Dr. A. Vukovitch (Oesterreich) im Gespräch mit Väinö Tanner, Präsident der Konsumgenossenschaft «Elanto», früherer finnischer Ministerpräsident und gewesener Präsident des IGB.



Y. Laakso, Generaldirektor von KK, des als fortschrittlich bezeichneten finnischen Genossenschaftsverbandes.



L. Hietanen, Direktor von YOL, des als neutral bezeichneten finnischen Genossenschaftsverbandes.

gungen mit Sitz in Brüssel in ein *Zentrum internationaler Dienste* umwandeln wird, das im Interesse der Nicht-Regierungsorganisationen, die bei den Vereinten Nationen akkreditiert sind, arbeiten soll. Auch in dieser Frage ist das Exekutivkomitee den Empfehlungen des Direktors gefolgt und hat beschlossen, diesem Vorschlag seine moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Dieses kurz zusammengefasste Résumé des Berichts an das Exekutivkomitee beleuchtet einige Schwierigkeiten, denen der IGB in seinen Beziehungen mit den Vereinten Nationen begegnet. Während Fragen, die für die Menschheit von entscheidendster Bedeutung sind, stets im Vordergrund der Verhandlungen zwischen diesen beiden Organisationen stehen, Gegenstand gemeinsamer Prüfung und der Besprechung bilden sollten, während die öffentliche Meinung immer informiert und sozusagen in Atem gehalten und ihr notfalls auch das nicht geringe Gewicht von Millionen genossenschaftlich organisierter Familien fühlbar gemacht werden sollte, stehen wir vor der Tatsache, dass ein grosser Teil der Kräfte in Anspruch genommen wird von Fragen mehr oder weniger untergeordneter Bedeutung, wenn sie nicht gar im Sumpf demokratischer und juristischer Schwierigkeiten untergehen.

Dazu wurde im Exekutivkomitee und im Zentralkomitee bemerkt, dass die Kontakte und die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen diesen beiden grossen Weltorganisationen nicht so sehr vom IGB als von den Vereinten Nationen abhängen.

Neuaufnahmen und Beiträge

Die Frage der Aufnahme neuer Mitgliederverbände und diejenige der Beiträge bildete die brennendste aller Fragen, die sich dem Exekutivkomitee stellte. Die Diskussionen waren lebhaft, dauerten lange und vielfach wurde das Wort missbräuchlich verlangt, so dass dann solche missbräuchlichen Interventionen wiederum der Richtigstellung bedurften.

Die Fragen Polen, Rumänien und Bulgarien standen im Mittelpunkt dieser Debatten.

a) Polen

Der polnische genossenschaftliche Zentralverband «Spolem» wurde in einen Verband von Konsumgenossenschaften umgewandelt. Von seiten der polnischen Genossenschaftsbewegung gab man vor, es handle sich dabei lediglich um einen einfachen Namenswechsel. Aus einer Publikation des Pressebüros der polnischen Botschaft in London ging jedoch hervor, dass «Spolem» mit einer staatlichen Handelsorganisation fusioniert hat und in eine staatliche Zentralorganisation für Lebensmittel umgewandelt worden ist. Auf Anfrage des IGB antwortete der Verband der polnischen Konsumgenossenschaften, dass nur ein Teil seiner wirtschaftlichen Tätigkeit, und zwar die Führung der Grosseinkaufsgesellschaft von der staatlichen Zentralorganisation für Lebensmittel übernommen worden sei, dass jedoch die polnische Genossenschaftsbewegung nicht weniger frei bleiben werde als in der Vergangenheit.

In der Diskussion verlangte *W. Serwy*, dass die Statutenänderung dem Exekutivkomitee unterbreitet werden solle, ein Vorschlag, der von Dr. *M. Bonow* unterstützt wurde, der gleichzeitig feststellte, dass lediglich durch das Mittel einer gründlichen Ueberprüfung wir uns über das, was geschehen ist, klar werden können. Für *A. Zmrhal* (Tschechoslowakei) und *N. P. Siderow* (UdSSR) handelt es sich im Gegensatz dazu nicht um eine neue Organisation. Jede Genossenschaft hat das Recht, ihren Namen zu ändern und es ist normal, dass Wirtschaftsorganisationen Strukturänderungen vornehmen in Uebereinstimmung mit den Reformen, die in den Ländern Platz greifen, in denen sie arbeiten. *N. P. Siderow* schlug vor, dass man die Gelegenheit der Sitzung des Zentralkomitees wahrnehmen sollte, um sich bei den Polen selbst zu erkundigen, was geschehen sei. Das Exekutivkomitee, so führte er aus, hat nicht das Recht, Zweifel zu äussern, solange die Lage solche nicht aufkommen lässt.

Ch.-H. Barbier trat diesem Gesichtspunkt entgegen und unterstrich den Gegensatz zwischen der Mitteilung der polnischen Botschaft und dem, was an der Sitzung vorgebracht werde. Wenn *A. Zmrhal* damit recht hätte, dass

keine Aenderung der Substanz und der Struktur in der polnischen Genossenschaftsbewegung eingetreten ist, so könnte das nur bedeuten, dass schon in der Vergangenheit die Grosseinkaufsgesellschaft verstaatlicht worden war, was neue Probleme stellen würde in bezug auf den allgemeinen Stand der Nachrichten, die wir über die Oststaaten besitzen. Es ist nicht zulässig, eine für den «innern Gebrauch», das heisst eine in den betreffenden Ländern selbst gültige Erklärung über den Wert und den Sinn der Genossenschaftsbewegung zu besitzen und eine sich von dieser wesentlich unterscheidende für das Ausland. Die von *W. Serwy* und *M. Bonow* verlangte Untersuchung ist ganz einfach notwendig. — Der Präsident schloss diese Debatte, indem er feststellte, dass vom neuen Namen von «Spolem» Notiz genommen werde, dass aber auf der andern Seite eine Untersuchung über die neubenannte Organisation durchgeführt werde.

b) Rumänien

Was Rumänien betrifft, so ist hier der Stand der Dinge folgender:

Im September 1947 wurde das *Nationale Institut für die Genossenschaft* als Landesorganisation in den IGB aufgenommen. Vor dem Prager Kongress verlangten die Vertreter dieses Instituts, dass alle rumänischen Genossenschaftsorganisationen kollektiv in den IGB aufgenommen werden sollten. Dieses Begehren wurde abgelehnt.

Neuerdings wurde dieses Begehren gestellt im Dezember 1948 durch ein dem Sekretariat des IGB durch die Botschaft der Rumänischen Volksrepublik zugestelltes Schreiben. Aber erst im März 1950 ging im Sekretariat des IGB als Folge einer auf das erwähnte Schreiben nach Rumänien gesandten Antwort ein neuer Brief ein. Weshalb diese Verzögerung? In der Zwischenzeit hatten die Genossenschaftsorganisationen Rumäniens anlässlich ihrer Generalversammlungen neue leitende Organe bestimmt und 59 Regionalverbände von Konsumgenossenschaften ins Leben gerufen. Ein Telegramm, das diese Veränderungen bestätigte, setzte den IGB in Kenntnis von einem Beschluss des Kongresses, das *Nationale Institut für die Genossenschaft Rumäniens* umzuwandeln in einen *Zentralverband der Konsumgenossenschaften der Volksrepublik Rumänien*, der der einzige Vertreter der rumänischen Genossenschaftsbewegung im Schosse des IGB werden sollte. Das Sekretariat antwortete darauf, dass in diesem Falle ein neues Aufnahmegesuch notwendig sei. Lange Telegramme, die im Juli 1950 dem Präsidenten und der Generalsekretärin zugestellt wurden, protestierten dagegen, dass der neue Zentralverband ein neues Aufnahmegesuch zu stellen habe und behaupteten, es liege lediglich ein einfacher Namenswechsel vor. Die Telegramme gaben im übrigen Kenntnis davon, dass die Mitgliederzahl der rumänischen Genossenschaften 84% der Gesamtbevölkerung, das heisst 3 338 923 Männer und 1 574 563 Frauen umfasse.

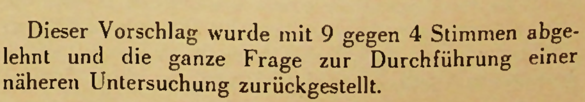
Damit befand sich das Exekutivkomitee in Helsinki vor einer Frage, in der die Ansichten notwendigerweise sehr geteilt sein mussten.



Prof. Weber und Sir Harry Gill, Präsident des IGB, geniessen einen Augenblick der Ausspannung nach einer richtigen finnischen Sauna.

Mehrere seiner Mitglieder protestierten dagegen, dass das zur Verfügung gestellte Material keine näheren Angaben über die neuen Statuten der in Frage stehenden Organisation enthalte. Es scheint auch, dass ein Nationalverband, der plötzlich 84% der Gesamtbevölkerung umfasst, nicht als Genossenschaftsbewegung betrachtet werden kann, bei der die Möglichkeit freiwilligen Eintritts noch gegeben ist. *M. Bonow* wies insbesondere auf die Schwierigkeiten hin, denen man in Schweden begegne, um die Mitgliederzahl der Genossenschaftsbewegung rasch zu steigern. Erhöhungen der Mitgliederzahlen wie diejenigen, die uns hier mitgeteilt worden sind und die dazu führen würden, dass die Beiträge Rumäniens mit einem Schlag von 80 Pfund Sterling auf 2693 Pfund Sterling ansteigen würden, können nicht akzeptiert werden, ohne dass zuvor eine besonders eingehende Prüfung durchgeführt wird. *M. Weber* seinerseits protestierte dagegen, dass die vom Exekutivkomitee des IGB durchgeführte Prozedur in einem an den Präsidenten gerichteten Schreiben als ungerecht und unfreundlich bezeichnet worden war. Jede andere Art des Vorgehens müsste im Gegenteil als ungerecht erscheinen und es gehört zu unserer Pflicht, die Dinge gut zu prüfen; eine genaue Untersuchung drängt sich von dem Moment an auf, in dem uns keine schriftlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Ihrerseits bestanden die Vertreter der Oststaaten darauf, dass hier nichts anderes als eine einfache Namensänderung vorliege, die man lediglich anzuerkennen habe und dass darüber hinaus in der Vergangenheit zahlreiche Organisationen von der individuellen zur kollektiven Mitgliedschaft übergegangen seien. Die zwei Jahre, in denen man zugewartet habe, hätten bei den rumänischen Genossenschaftern viel Bitterkeit geschaffen. Es sei lächerlich, die gigantischen Fortschritte der Genossenschaften in den Volksdemokratien zu bezweifeln, währenddem man gleichzeitig auf der andern Seite immer bereit sei, die Fortschritte der Genossenschaften in den zurückgebliebenen Ländern als selbstverständlich zu betrachten. Die Diskussion habe schon allzulange gedauert und es gebe nichts anderes, als den Begehren Rumäniens, Polens, Ungarns, Bulgariens und der Deutschen Demokratischen Republik (Ostzone) Folge zu geben. *G. Cerreti* erklärte seinerseits, die italienischen Genossenschaften hätten ausserordentlich zahlreiche Unterlagen über die Entwicklung der rumänischen Genossenschaften erhalten und die italienischen Genossenschafter, die sich nach Rumänien begeben hätten, könnten bestätigen, dass der Eintritt in eine Genossenschaft dort wirklich frei und freiwillig sei. *G. Cerreti* schlug schliesslich vor, das Exekutivkomitee solle im Prinzip dem kollektiven Beitritt zustimmen, während die tatsächliche Aufnahme an einer nächsten Sitzung, der die verlangten näheren Auskünfte vorgelegt werden sollten, zu vollziehen sei.



Dieser Vorschlag wurde mit 9 gegen 4 Stimmen abgelehnt und die ganze Frage zur Durchführung einer näheren Untersuchung zurückgestellt.

c) Bulgarien

Neben den Fragen, die sich auf die Beiträge von «Chevrat Ovdim» (Israel), des Verbandes der genossenschaftlichen Spar- und Leihgenossenschaften Palästinas und auf «Ustredni Rada Druzstev» der Tschechoslowakei (deren Beitragserhöhung von 600 auf 1237 akzeptiert wurde) bezogen, blieb der Fall Bulgarien übrig. Dieser gab Stoff zu den ausgiebigsten Diskussionen.

Der *Zentralverband Bulgariens* verlangte den Uebergang von der individuellen zur kollektiven Mitgliedschaft. Er hatte 2 032 826 Mitglieder angegeben, dann aber, nachdem das Sekretariat nähere Aufschlüsse verlangt hatte, die Zahl auf 1 280 385 herabgesetzt. In der Zwischenzeit hatten die Generalversammlungen der Genossenschaften eine «freiwillige Reorganisation» durchgeführt, in deren Folge zahlreiche Zusammenschlüsse von Genossenschaften eingetreten waren. Auf Grund der Mitgliederzahl schätzte der bulgarische Verband die Höhe seiner Beiträge auf 788 Pfund Sterling im Jahr.

Nachdem die Vertreter des Ostens erklärt hatten, wir hätten diese Zahl als richtig zu betrachten, stellte *Ch.-H. Barbier* die Frage unter einen etwas allgemeineren Gesichtspunkt. Es ist erstaunlich, so führte er aus, dass wir uns plötzlich so zahlreichen Aufnahmegesuchen oder so vielen Begehren um Aenderungen in der Mitgliedschaft gegenübersehen. Es handelt sich nicht mehr, wie in der Vergangenheit um individuelle Begehren von Bewegungen, die besondere und wohlumschriebene Gründe dafür haben, diese Aenderung zu wünschen. Wir stehen im Gegenteil einer wahren Kampagne gegenüber und müssen den Mut haben, hier offen zu sagen, dass es sich um eine Kampagne handelt im Blick darauf, den Einfluss im Schosse des IGB zu steigern und eine Mehrheit im Zentralkomitee zu erlangen. Besonders unlogisch ist, dass man uns dazu zwingen will, in einem Moment überstürzte Beschlüsse zu fassen, die aber dauernde Wirkungen haben und die ganze Zukunft des IGB bestimmen würden, in dem wir die Struktur bestimmter Genossenschaftsbewegungen sich von einem Tag auf den andern ändern sehen, indem man mit einem Federstrich, wenn nähere Angaben verlangt werden, den Mitgliederbestand von mehr als 2 Millionen auf genau 1 280 385 Mitglieder heruntersetzt. Hüten wir uns vor solchen Entschlüssen. Wenn man uns von solchen, von den Genossenschaftern freiwillig vorgenommenen Reorganisationen spricht, so widerspricht das allzusehr all dem, was wir von den Flüchtlingen vernehmen, die aus den in Frage stehenden Ländern kommen und es ist klar, dass im Falle Bulgariens wie in demjenigen Rumäniens eine ganz gründliche Prüfung der Verhältnisse sich aufdrängt.

Mehrere Vertreter teilten diesen Gesichtspunkt und *M. Brot* insbesondere machte darauf aufmerksam, dass diese Diskussionen Fehler in unseren Statuten enthüllen, die zwei verschiedene Arten der Aufnahme in den IGB vorsehen und damit unsere Organisation in grosse Gefahr bringen. Wir stehen in Wirklichkeit einem System gegenüber, in dem es den einen möglich ist, ihre Mitgliederbestände zu erhöhen, Zahlen zu unterbreiten, die wir nicht prüfen können, um dadurch einen stets grösser werdenden Einfluss zu gewinnen. Wir haben das Recht, solches zu denken. Man fragt sich, welches die Rolle des Exekutivkomitees wäre, wenn es nicht zu seinen Aufgaben gehörte, dann die Dinge gründlich zu prüfen, wenn es sich darum handelt, zu wissen, ob es gestattet sein soll, ganz einfach von der einen Art der Zugehörigkeit zum IGB auf eine andere überzugehen. Viele der vorgenommenen Aenderungen verraten in Tat und Wahrheit die Fuchtel des Staates. Wir haben kürzlich im Zentralkomitee die Aufnahme einer französischen Genossenschaftsorganisation, der *Zentralen Genossenschaftlichen Kreditkasse* deshalb abgelehnt, weil die Regierung darin einen Vertreter besitzt. Der Entscheid des Zentralkomitees war vollkommen richtig, aber die zu treffenden Vorsichtsmassnahmen dürfen nicht im einen Fall angewendet werden, um sie dann im andern ausser acht zu lassen.

N. P. Siderow, *A. Klimow*, *A. Zmrhal* und *G. Cerreti* griffen den Geist der Ungerechtigkeit, der die erwähnten Redner geleitet habe, aufs heftigste an und ziehen sie der Einführung politischer Fragen in den IGB. Wir stehen, so führte *G. Cerreti* aus, wahren Umstürzen und viel bedeutsameren Aenderungen als nur denen in der Zahl der Mitglieder gegenüber. Wir haben deshalb die Struktur des IGB nicht nur unsern Wünschen, sondern den Tatsachen entsprechend zu ändern. Es ist auch falsch, fügte *A. Klimow* bei, vorzugeben, dass es sich hier um aufeinander abgestimmte Schritte handle: alle diese Begehren werden uns gemeinsam vorgelegt, weil die Langsamkeit in der Behandlung beim IGB unglücklicherweise die noch hängigen Fälle so zahlreich macht. Aber die internationale Genossenschaftsbewegung hat alles Interesse daran, ihren Mitgliederbestand zu steigern. Wenn unsere Statuten schlecht sind, dann müssen wir sie eben ändern, aber sie sind nicht schlecht. Sie sind im Gegenteil wirklich klug, und wir haben sie im übrigen erst vor zwei Jahren in dieser Form angenommen.

Diesen Ansichten entgegen unterstützte *Ch.-H. Barbier* die Bemerkungen von *Marcel Brot*. Unsere Statuten genügten in der Vergangenheit. Ihre Auffassung war einfach, so wie sie auch für einfache Leute gemacht worden sind, die nichts anderes wünschten, als in aller Freiheit, aber geleitet von einem Ideal, zusammenzuarbeiten. Heute gilt dieses Ideal noch ebenso. Aber daneben bestehen nicht wenige tiefgehende Meinungsverschiedenheiten in bezug auf wesentliche Fragen. So sind wir uns insbesondere nicht einig in bezug auf die Sozialorganisation und den Platz, den der Mensch darin einnimmt. Es ist klar, dass radikale Aenderungen auf dem Gebiete der Wirtschaft sich vollziehen. Weit entfernt davon, diese zu leugnen, sind wir überzeugt, dass es unsere Aufgabe ist, zu verstehen, was vor sich geht. Und gerade deshalb sind wir nicht einfach hier, um die Quantität zu wägen — die sehr oft eine etwas zweifelhafte Quantität ist —, sondern viel mehr noch, um über die Qualität zu entscheiden. Wenn man uns berichtet, dass in diesem oder jenem Land die Genossenschaft zur Beherrscherin der Wirtschaft geworden ist, so haben wir ein Recht darauf, zu wissen, ob im selben Land die Genossenschaft noch «sich selbst beherrscht». Wir müssen deshalb die uns gegenüber erhobenen Angriffe, es fehle uns an Anstand oder an Gefühl für die Gerechtigkeit, zurückweisen. Gerade weil wir weder den Anstand noch die Gerechtigkeit aufgeben wollen, sind wir entschlossen, die Dinge wirklich klarzustellen.

Der Vorschlag von *A. Zmrhal*, das Aufnahmebegehren des bulgarischen Verbandes zu genehmigen, wurde mit 9 gegen 4 Stimmen zurückgewiesen.

*

Dieser knappe Ueberblick über die Sitzungen des Exekutivkomitees gestattet es, sich Rechenschaft zu

geben von den Ansichten, die sich gegenüberstanden. Er gibt im Gegensatz dazu nicht den Ton, der manchmal recht polemisch war und die persönlichen Angriffe der Delegierten der Oststaaten und Italiens wieder. Schon hier, aber mehr noch im Zentralkomitee waren es Prof. *Weber* und ich selbst, die im wesentlichen die Objekte der Angriffe bildeten und, wenn man so sagen will, für die Delegierten des Ostens den Kopf des Türken (oder müsste man heute eher sagen den Kopf des Amerikaners?) bildeten.

Auch die Zukunft wird schwierige Probleme stellen. Wie soll man die vorgesehenen Untersuchungen durchführen? Wer unter den Mitgliedern des Exekutivkomitees oder des Zentralkomitees verfügt über genügend Zeit, um diese Untersuchungen durchführen zu können? Wer besitzt daneben die notwendigen Sprachkenntnisse und gleichzeitig genügend Willen und kritischen Geist, ohne gleichzeitig schon zum voraus Partei genommen zu haben? Das sind Fragen, die noch nicht entschieden sind.

(Fortsetzung folgt) Ch.-H. Barbier

Schuh-Konferenz in Olten

Die Arbeitsgemeinschaft der Konsumvereine mit Spezialgeschäften hat an ihrer letzten Generalversammlung beschlossen, in Zukunft sogenannte *Branchentagungen* durchzuführen. Eine erste derartige Tagung hat soeben in Olten stattgefunden. Es waren die schuhvermittelnden Konsumvereine, die sie beschickten und an ihr wurde orientiert über die heutige Lage auf dem Schuhmarkt.

Allerdings müssen wir gleich schon zum voraus feststellen, dass leider von den 84 Vereinen, die das Schuhwarengeschäft pflegen, ein Teil verhindert war, an der Tagung teilzunehmen, ein anderer es aber nicht für nötig hielt, sich daran vertreten zu lassen. Sicher kann es wichtige und wesentliche Gründe geben, die einen Verein an der Teilnahme an einer solchen Tagung hindern, ebensosicher aber wäre es — auch wenn man berücksichtigt, dass in vielen kleineren Vereinen der Verwalter für alle Fragen zuständig ist und die Verkäuferinnen an derartige Konferenzen nur schwer abgeordnet werden können — mancher der nichtvertretenen Genossenschaften möglich gewesen, einen Vertreter oder eine Vertreterin nach Olten zu senden. Wir möchten hoffen, dass an einer kommenden Konferenz auch die Vereine sich beteiligen werden, die in Olten nicht vertreten waren.

Geleitet wurde die Tagung von *E. Stoll*, Mitglied der Direktion des ACV beider Basel und des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft. Er wies in seinen einleitenden Worten vor allem auf den verhältnismässig bescheidenen Anteil, den der Schuhumsatz innerhalb unserer Genossenschaften noch immer einnimmt, hin und sprach die Hoffnung aus, dass gerade durch solche Tagungen eine Verbesserung erzielt werden könne, um so mehr als unsere ganze Bewegung in der Schuh-Coop einen festen Rückhalt besitzt.

A. Hauert, Mitglied der Direktion der Schuh-Coop orientierte zunächst eingehend über die

Umsatzentwicklung bei den Vereinen

Vom Januar bis Juli 1950 ging gemäss Biga-Index der Umsatz um 3,4% zurück. Für den Juli allein werden 8,8% ausgewiesen. Mit einiger Genugtuung dürfen wir feststellen, dass die Verhältnisse bei unseren Vereinen wesentlich günstiger liegen und dass auch, wenn man das ganze Jahr (August 1949 bis Juli 1950) berücksichtigt, die Arbuko-Zahlen günstiger sind als diejenigen des Biga-Index, der für diese 12 Monate einen Rückgang von 8,5% ausweist.

Der Umsatzrückgang ist vor allem ein wertmässiger, indem die Detailpreise der ersten 7 Monate des Jahres 1950 um 11% unter denjenigen des Jahres 1949 liegen. Das kommt am deutlichsten zum Ausdruck im durchschnittlich fakturierten Paarpreis. Unsere Aufgabe ist es deshalb, die Zahl der Mitglieder, die ihren Schuhbedarf bei uns decken, zu erhöhen, um den *frankenmässigen Umsatz möglichst halten* zu können. Mengenmässig betrachtet konnte der Umsatz in den ersten 7 Monaten 1950 gegenüber der entsprechenden Periode des Vorjahres leicht gesteigert werden. Festgestellt werden muss aber immer noch, dass die im Vergleich zu den Verkäufen

zu grossen Lager

nur verhältnismässig leicht abgebaut werden konnten. Die Verhältnisse in den einzelnen Gruppen sind verschieden; am günstigsten liegen sie noch bei Damenschuhen, obwohl diese eine der schwierigsten Positionen darstellen (Mode- und Konjunkturrisiko!)

Neben den zu grossen Lagern muss festgestellt werden, dass diese auch nicht entsprechend den Verkaufsmöglichkeiten zusammengesetzt sind. Das kommt vor allem daher, dass gewisse Hemmungen beim Einkauf bestehen, wenn das Lager noch verhältnismässig gross aber unrichtig zusammengesetzt ist. Man muss auf Grund eines *Einkaufsplans*, der basiert auf den Verkäufen der Vorsaison, einkaufen. Wer nur auf Grund seines Inventars einkauft, der wird vor Fehleinkäufen nicht bewahrt.

Der *Lagerumschlag* hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert, ist aber immer noch ungenügend, so dass auch weiterhin nötig bleibt, ihn wesentlich zu steigern. Feststellbar ist dabei die Tatsache, dass dort, wo Spezialgeschäfte mit Fachpersonal vorhanden sind, die Verhältnisse sich eher etwas gebessert haben.

Auch die Abschlüsse sind, wie aus der Enquete der Zentralbuchhaltung des V.S.K. hervorgeht, ungenügend, was natürlich auf verhältnismässig grosse Abschreibungen zurückzuführen ist, eine Massnahme, die sich beim rapiden Sinken der Schuhpreise aufdrängte. Dabei ist zu bedenken, dass derartige Preisrückgänge, wie wir sie erlebt haben, bei unsern Margen nicht in einem Jahr aufzufangen sind. Uebrigens zeigt sich ja auch, dass bei Bally sowohl in der Produktion wie im Gross- und Detailhandel im letzten Jahr Verluste entstanden sind.

Besonders zu beachten sind die Propagandakosten und die Personalkosten, die dadurch verhältnismässig niedrig gehalten werden können, dass für den Stossbetrieb Aushilfen eingesetzt werden.

Wichtig ist auch die Frage des *Reassortiments.* Wir müssen immer wieder feststellen, dass, kaum hat die Saison eingesetzt, viele Vereine schon reassortieren müssen. Auch das ist auf eine falsche Einkaufspolitik zurückzuführen, sollte doch bei Saisonbeginn möglichst

alle Ware vorhanden sein. Während des Saisonverkaufs sollte nicht ein Teil des Verkaufspersonals mit Auspacken und andern Hilfsarbeiten beschäftigt werden müssen; deshalb noch einmal: Saisonware *frühzeitig* hereinnehmen!

In seinen weitern Ausführungen kam der Referent auf die

heutige Lage

zu sprechen und wies zunächst darauf hin, dass seit 1947 die Preise kontinuierlich zurückgingen. Der Ausbruch des Korea-Krieges hat die Situation nun vollkommen geändert. Der Rüstungsauftrieb mit seinen inflatorischen Tendenzen hat bereits zu einer teilweisen Verknappung der Rohmaterialien und zu einer grössern Anspannung der Arbeitsmärkte geführt. Dazu kommt, dass Häute und Leder seit 1945 im Verhältnis zum Verbrauch immer etwas knapp waren. Seit Ende Juni lassen sich in den meisten Positionen Preisaufschläge feststellen. Das gilt für Gummisohlen wie für Bodenleder, für Boxcalf, Rindbox, Futterleder usw. Die Reassortierung für den Herbst und Winter geht bereits zu höhern Preisen vor sich.

Einzelne Schuhfabriken melden Erhöhungen von Fr. —.40 bis 1.20 per Paar. Diese Situation könnte sich verschärfen, wenn, wie vorgesehen, die Preisausgleichskasse für Häute und Felle auf Ende 1950 liquidiert wird. Man hatte — und das war der Grund der auf Ende 1950 in Aussicht genommenen Aufhebung des Preisausgleichs — mit einer Angleichung der Auslands- und der Inlandspreise gerechnet. Davon kann nun keine Rede sein. Wir haben deshalb von der Schuh-Coop aus eine *Eingabe an das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement* beschlossen, in der wir ersuchten, zu prüfen, in welcher Weise die Preisausgleichskasse auch über das Jahr 1950 hinaus eingesetzt werden könnte. Dabei ist klar, dass auch, wenn der Preisausgleich weitergeführt wird, eine Angleichung an die Preise von 1942 nicht mehr möglich sein wird.

Eine Voreindeckung mit Schuhwaren ist trotz der steigenden Preise heute nicht zu empfehlen. Die Schuh-Coop wird sich dagegen selbstverständlich mit Rohwaren soweit als möglich eindecken. Kommt eine Verknappung, so werden davon wohl zuallererst schwere Strassenschuhe betroffen. Mit dieser Gruppe sind unsere Lager aber gegenwärtig am meisten belastet, so dass wir teilweise mindestens einen Mehrbedarf decken können.

Sollte eine über das Normalmass hinausgehende Nachfragesteigerung eintreten, so wären wir allerdings auch trotz der zusätzlichen Eindeckung mit Rohmaterialien nicht in der Lage, sie zu befriedigen. Wir haben aber die Möglichkeit, sofort die notwendige Ware in Arbeit zu geben, da genügend Rohmaterialen und Arbeiter vorhanden sind.

Was nun schliesslich die *Modetendenz* des kommenden Jahres angeht, so hat sich hier gegenüber dem laufenden Jahr grundsätzlich nichts geändert. Schwere Artikel werden eher noch stärker rückläufig sein als bis anhin. Leichte Schuhe sind nach wie vor begünstigt. Die Variation in leichten Sommerschuhen war gross. In Trotteurs ging fast nichts. Die California-Machart hat sich fast allgemein durchgesetzt, da die Schuhe ausserordentlich leicht zu tragen sind. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich übrigens nicht nur bei der Damen-, sondern auch bei der Herrenmode feststellen. Der Weekend-Schuh hat sich durchgesetzt.

In bezug auf das Leder wird sich wenig ändern. Für den Sommer steht Weiss im Vordergrund und wird es auch weiterhin tun, obwohl man vier- bis fünffarbige Schuhe amerikanischer Art bei uns zu lancieren sucht. Neben Weiss kommt auch Beige in Frage. Dazu tritt Rot für den Sommer 1951 wieder etwas mehr in den Vordergrund.

Schwarz wird mit Ausnahme von Herrenhalbschuhen für das Frühjahr von einiger Bedeutung sein. Im Sommer 1950 ist man eher etwas von der Gummimode abgekommen. Es ist fraglich, ob sich das hält. Das Zurückgehen auf Leder ist vielleicht deshalb naheliegend, weil der Gummi teurer und rarer wird.

In den Schnittarten sind keine Veränderungen vorauszusehen. Die zehen- und fersenfreie Mode bei den Damenschuhen wird weiter im Vordergrund stehen. Die Absätze für den Nachmittag werden eher etwas höher sein (5 bis 6 cm), wenn auch flache Absätze nach wie vor ihre Liebhaberinnen finden werden.

Diesen Ausführungen des Vertreters der Schuh-Coop schloss sich eine lebhafte Diskussion an, an der sich erfreulicherweise auch zahlreiche Verkäuferinnen beteiligten. Hier war nun wirklich die Möglichkeit — deren Fehlen bis dahin so oft bedauert wurde — gegeben, Erfahrungen im Schuhverkauf weiterzugeben, Kritik anzubringen und so gegenseitig voneinander zu lernen. Es darf bestimmt im ganzen gesagt werden, dass die Durchführung solcher Branchenkonferenzen, wie sie hier zum erstenmal versucht worden ist, sich lohnt und eine viel eingehendere Besprechung der zur Diskussion stehenden Fragen gestattet, als wenn in einem Vormittag neben der Lage auf dem Schuhmarkt gleich auch noch die Verhältnisse bei Haushalt- und Textilartikeln besprochen werden müssen.

*

Nach dem gemeinsamen Mittagessen besuchten die rund 120 anwesenden Verkäuferinnen und Vertreter der Genossenschaften die *Gerberei Olten*, ein Besuch, der die Möglichkeit bot, sich vertraut zu machen mit dem wichtigsten Rohmaterial der Schuhbranche. In vier nahezu zweistündigen Führungen wurde der Werdegang des Leders vom Tierfell bis zum fertigen Bodenleder in allen seinen Stadien und Stufen eingehend verfolgt. Derartige Besichtigungen sind deshalb immer besonders wertvoll, weil sie viel besser als es das geschriebene Wort vermag, dem einzelnen Einblick geben in den Ablauf der Arbeiten innerhalb eines bestimmten Industriezweiges. — Der Gerberei Olten sei auch an dieser Stelle der beste Dank dafür ausgesprochen, dass sie es den Vertreterinnen und Vertretern der schuhvermittelnden Genossenschaften ermöglichte, ihren Betrieb zu besichtigen. M.

Der berühmte Rechtsgelehrte Felix Dahn wurde in Hamburg nach einem Vortrag, den er dort gehalten, zu einem Abendessen eingeladen. Er lehnte ab mit dem Bemerken, dass er die schlimme Lebensweise in Hamburg kenne; bei seinem ersten Aufenthalte in dieser Stadt habe er sechs Wochen hindurch nichts anderes getan als getrunken und geschlafen.
Entrüstet fragten die Herren, in welcher Gesellschaft er sich denn damals bewegt habe, und Dahn erwiderte ihnen beschwichtigend, dass es die — ersten sechs Wochen seines Lebens gewesen seien.

Thun-Steffisburg feiert

Wolken, viele Wolken und gegen den Abend hin sogar noch ergiebiger Regen hatten sich als treue Gäste eingestellt. Am Ufer des Sees, in den von der Kaba her so gepflegten Anlagen fand sich dennoch eine imposante Festgemeinde ein. Bald war an den vielen Tischen kein Platz mehr. Immer mehr Frauen und Männer und Kinder, ganze Familien strömten herbei; sie umsäumten fröhlich und voller Spannung die Tribüne, auf der sich das Programm abwickelte. Und was für ein Gedränge von Kindern herrschte schon sehr früh beim Kasperli-Theater! So war denn dafür gesorgt, dass den überaus zahlreichen Mitgliedern des Konsumvereins Thun-Steffisburg das *Fest des 50jährigen Jubiläums* zu einem Erlebnis wurde, an das sie sich stets gerne erinnern werden.

Genossenschaftspräsident *Kuster* durfte in seinen Willkommgruss auch eine Reihe auswärtiger Gäste einschliessen, so Kreispräsident *Althaus*. Besondere Freude bereitete das Erscheinen des Direktors der Internationalen genossenschaftlichen Petroleumgenossenschaft, L. R. *Marchant*, der Grüsse von der amerikanischen Genossenschaftsbewegung mitbrachte.



Die Jubiläumsansprache hielt *Prof. Dr. Max Weber*, Präsident der Direktion des V. S. K. Plastisch erstand vor der mit grösster Aufmerksamkeit lauschenden Menge das Bild vom Aufstieg der Genossenschaft aus den kleinsten Anfängen bis zur heutigen erfolgreichen Wirksamkeit. Mit seinen 6800 Mitgliedern erfasst der Verein 57% der Haushaltungen seines Wirtschaftsgebietes. Im Betriebsjahr 1949/50 erzielte er einen Umsatz von fast 9 Millionen Franken. So ist aus früher an drei verschiedenen Orten wirkenden und dann fusionierten Vereinen eine Genossenschaft gewachsen, die zum Nutzen ihrer Mitglieder fortschrittlich an der Arbeit ist. Aber auch das Personal darf mit der Genossenschaft zufrieden sein. Gesamtarbeitsverträge schaffen vorbildliche Bedingungen. Und wenn man bedenkt, dass allein in den letzten zehn Jahren für 780 000 Franken Steuern der Oeffentlichkeit zugeführt wurden, so dürften auch jene, die den Konsumgenossenschaften zu geringe Steuerleistungen vorwerfen, einsehen, dass ein solcher Beitrag einer einzelnen Genossenschaft für die Bewältigung der öffentlichen Aufgaben erklecklich ist. Und weit darüber hinaus ist nicht abzuschätzen, was es heisst, dass sich eine so starke Bewegung mit aller Energie für die *Erhaltung und Stärkung der Demokratie* einsetzt. Was heute nottut, ist, dass sich auch im Wirtschaftsleben der demokratische Gedanke noch viel stärker durchsetzt. In den grossen Auseinandersetzungen der Gegenwart kann die Genossenschaft die richtige Lösung bringen. — Lebhafter Beifall dankte dem Referenten.

Nachdem schon am Morgen die Arbeitermusik Thun und die Musikgesellschaft «Harmonie» in Thun und Steffisburg ihre Weisen hatten erklingen lassen, fand sich am Nachmittag die Feldmusik Strättligen ein, um Freude zu bereiten. Das gleiche taten mit Glanz die Arbeiterchöre Thun und Steffisburg, die Trachtengruppe Thun, die Akrobatengruppe des Arbeiterturnvereins, die Genossenschaftliche Jugendgruppe Thun. Am Mikrophon stand G. Haefeli vom V. S. K. und sorgte mit Humor unter anderem dafür, dass verlorengegangene Kinder wieder den Eltern zugeführt wurden. Und dass auf dem Festplatz alles wie am Schnürchen lief, dafür garantierten nicht zuletzt Verwalter Suter und A. Engesser vom V. S. K.; aber auch die weissgeschürzten Verkäuferinnen des KV Thun-Steffisburg, die an den Ständen noch einmal so schnell und freundlich als sie dies die ganze Woche hindurch ohnehin schon tun, dafür sorgten, dass es jedermann wohl war. Wir erlebten ein Fest der Verbundenheit, das einer weiteren Aufwärtsentwicklung des Konsumvereins voranleuchten möge. r.







Eindrücke von einer Deutschlandreise

I.

Wer von Hamburg spricht, der denkt an den Hafen, an riesige Kranen, an einen gewaltigen Verkehr, an Fabriken, Lagerhäuser usw. Und selbstverständlich ist das der bedeutsamere Teil der Freien und Hanse-Stadt Hamburg, die sich heute wieder langsam zu erholen beginnt. Der Hafen, der nach Kriegsende zu 90 Prozent zerstört war, ist wieder in der Lage, bis zu 12 Millionen Tonnen Güter umzuschlagen und wird sich bestimmt mit der Zeit wieder seinen Platz unter den wichtigsten europäischen Häfen zu sichern vermögen. Noch ist der Passagierverkehr von Hamburg nach Uebersee zwar kaum in Gang gekommen, aber schon wieder laufen 27 verschiedene Frachtlinien den wichtigsten deutschen Hafen an.

Das alles aber ist noch nicht Hamburg und auch der kennt Hamburg nicht, der, wenn er von Hamburg spricht, allein an sein Vergnügungsviertel, die Reeperbahn an die vielen Matrosenkneipen denkt. Gewiss, Hamburg ist vor allem eine heute wieder äusserst regsame Handelsstadt, eine Stadt, weltoffen wie keine zweite deutsche Stadt, aufgeschlossen allem Neuen und daneben doch auch eine Stadt beschaulichen Lebens. Das aber dürfte zusammenhängen mit einer an Naturschönheiten so ausserordentlich reichen Umgebung. Gleich vor den Toren Hamburgs, draussen in Blankenese, empfängt den Besucher eine herrliche Sicht über die Elbe — Hamburg liegt 100 Kilometer vom Meer entfernt — den mächtigen Strom, der Hunderte und Tausende von Schiffen vom und zum Hafen geleitet.

Rings um Hamburg finden wir eine waldreiche, leicht hügelige Landschaft, in die immer wieder Seen gebettet sind. Tausende und aber Tausende von Hamburgern nützen das Wochenende und die Zeit, die ihnen zur Ausspannung gegeben ist, in der prachtvollem Umgebung der Hansestadt. So muss man, um Hamburg wirklich kennenzulernen, auch seine Umgebung sehen, man muss nach Norden, nach Osten, nach Westen hinfahren, um das ganze Land in all seiner Schönheit wirklich erleben zu können.

*

Auf der Autobahn, die Bremen mit Hamburg verbindet, fahren wir nach Harburg, einer der Vorstädte Hamburgs, von wo wir auf Strassen zweiter Ordnung über Buxtehude in das

Alte Land

gelangen, eine Gegend, dem Lande Niedersachsen zugehörig und doch mit der Welt- und Hafenstadt Hamburg aufs innigste verbunden. Ausgezeichnet ist das auf der linken Seite des Elbstroms liegende Alte Land durch einen Obstreichtum, wie wir ihn vielleicht im Kanton Thurgau in ähnlichem Ausmass kennen. Hier gleitet vom Deich her — das Land liegt vier bis fünf Meter unter dem Meeresspiegel — das Auge über einen förmlichen Obstwald, der mit seinem Reichtum an Früchten als natürliches Absatzgebiet Hamburg und seine Umgebung beliefert. Schmucke, einstöckige Bauernhäuser aus rotem Backstein mit weissem Fachwerk, wie wir eines im Bilde zeigen, säumen die Strassen, alle quer zum Deich gestellt und damit dem Winde eine möglichst geringe Angriffsfläche bietend. Es ist nicht nur ein *altes* Land, noch mehr enthüllt sich hier ein *reiches* Land, dessen Bauern — zwanzig, dreissig Kilometer von der betriebsamen Weltstadt entfernt — geruhsam ihre Bäume pflegen, um den Grosstadtmenschen mit den begehrten Gütern ihres fruchtbaren Bodens versorgen zu können.

*

Auf der Autobahn Hamburg-Lübeck, die die beiden Hansestädte verbindet, hat sich schon wieder ein gewaltiger Verkehr entwickelt. Ueberall begegnen wir den Lastwagenzügen mit zwei Anhängern, die 25 und mehr Tonnen laden können. Es sind Züge, wie sie auch die Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften verwendet, Züge, die oft zwei und drei Wochen unterwegs sind und in denen für die beiden Fahrer, die sich gegenseitig ablösen, ein richtiger Schlafraum eingerichtet ist.

Mit ungeheurer Schnelligkeit wickelt sich auf diesen Autobahnen, deren beide Fahrrichtungen durch einen grünen Rasenstreifen getrennt sind, der Verkehr ab. In einer knappen halben Stunde werden die 63 Kilometer zwischen Hamburg und Lübeck überwunden und dann stehen wir in der alten Hansestadt, deren Rathaus noch heute von ruhmreicher Vergangenheit kündet, deren Kirchen und Tore in die Jahrhunderte zurückweisen, die — nur einige Kilometer von der Ostzone entfernt — freilich auch die Schwierigkeiten dieser Zeit in reichem Masse zu spüren bekommt.

Von Lübeck führt uns der Weg weiter an die Ostsee nach

Travemünde,

dem bekannten fashionablen Ostseebad, in dem sich heute, soweit wir sehen konnten, vornehmlich Leute tummeln, die aus der Not des Volkes förmlich ein Geschäft zu machen wussten. Im grossen blendendweissen Casino, das auf die Ostsee blickt, geben diese Leute sich Stelldichein, um in den Spielsälen sich die Langeweile zu vertreiben oder in Speisezimmern sich an all den Köstlichkeiten zu erlaben, die Keller und Küche zu bieten haben. Fragen wir aber nicht nach den Preisen, denn sie sind so, dass nur ganz wenige «Auserwählte» sie zahlen können!

Der fünfzehnte kürzlich vollendete Fischerdampfer, «Mathias Föcher», auf dem wir Gelegenheit hatten, eine Elbfahrt zu machen.



Erfreulicher wird das Bild, wenn man von Travemünde dem Meer entlang nach Timmendorfer Strand und Hafkrug fährt, wo sich Zelt an Zelt reiht. Tausende und aber Tausende von einfachen Leuten verbringen hier die Sommerfrische, die den Stadtkindern in frischer Meeresluft das zu geben vermag, was ihnen sonst während des ganzen Jahres die engen Gassen vorenthalten: Licht, Luft und Sonne! Auf unserer Fahrt stossen wir auf ein eigentliches Zelthotel, in dem zu bescheidensten Preisen Menschen ihre Freizeit und ihren Urlaub verbringen können. Dahinter zieht sich am Strand Hotel an Hotel hin, die zum Teil den deutschen Gewerkschaften gehören und so ebenfalls den Arbeitern, soweit sie sich den zwar bescheidenen Pensionspreis von fünf, sechs Mark leisten können, zur Verfügung stehen.

Und noch ein erfreuliches Erlebnis auf unserm Weg von Travemünde dem Strand entlang: In Hafkrug stossen wir auf das

Kinderheim der Konsumgenossenschaft «Produktion» in Hamburg.

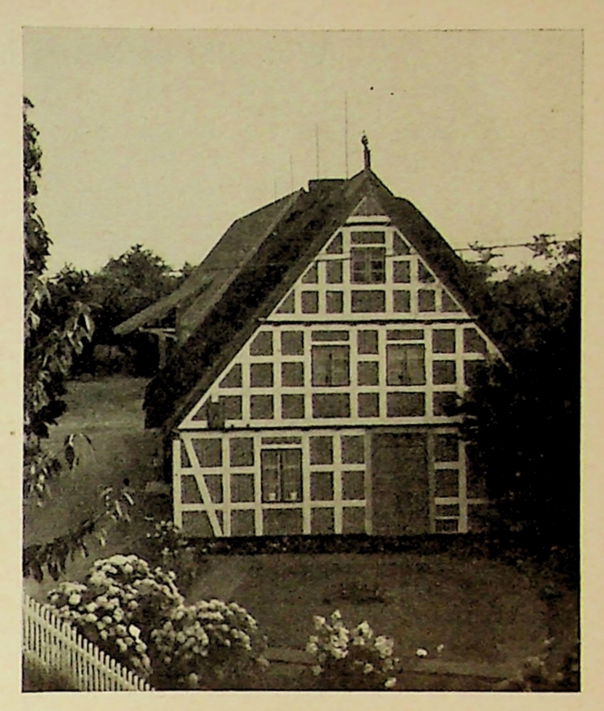
Zwar hat es vor kurzem seine Tore geschlossen, um einer gründlichen Renovation unterzogen zu werden, doch schon in wenigen Wochen wird hier wieder frohes Kinderlachen erklingen, werden hier wieder 100 Genossenschaftskinder aus der Hansestadt Hamburg 4 Wochen lang sich erholen können. Jedes Jahr sind es nicht weniger als 1200 Hamburger Genossenschaftskinder, die vollständig kostenlos hier einen Erholungsurlaub verbringen dürfen. Jedes Mitglied der Konsumgenossenschaft «Produktion» hat das Recht, ein Kind für einen solchen Erholungsaufenthalt anzumelden. Gewähr, dass nur Kinder, die es wirklich nötig haben, in den Genuss dieser Vergünstigung gelangen, bietet die Tatsache, dass die Schulärzte die Kinder, bevor sie nach Hafkrug gehen können, untersuchen müssen. Es ist vor allem angesichts der grossen Schwierigkeiten unter denen die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung noch heute zu leiden hat, eine ganz besondere Leistung für eine einzelne Genossenschaft, ihren Mitgliedern derartige Vergünstigungen einzuräumen!

*

Ein überfüllter Zug, der den später Gekommenen in drangvoller Enge nur noch Stehplätze bietet, entführt uns von Hamburg nach Bremen durch weites Heideland, das mit Erikasträuchern, die eben zu der Zeit blühen, bestanden ist. Abwechselnd stösst das Auge auf Föhren- und Birkenwälder, die die irgendwie schwermütige Stimmung noch unterstreichen.

Bremen selbst ist wie Hamburg stark zerstört, aber sehr geschäftig; denn hier hat sich die amerikanische Besatzungsmacht eine Enklave geschaffen, die dazu dient, den Nachschub über einen «eigenen» Hafen nach Deutschland leiten zu können. Das mächtigste Gebäude der Stadt ist das — Amerika-Haus. Wie in der amerikanischen Zone Deutschlands — die Umgebung Bremens gehört der britischen Zone an — finden wir auch hier eine Vielzahl amerikanischer Uniformen. Die Strassen wimmeln von amerikanischen Automobilen und selten trifft man einen GI, der nicht motorisiert wäre.

Das Ziel unserer heutigen Reise ist jedoch nicht Bremen, sondern *Wilhelmshaven*, die «tote Stadt» am Jadebusen. Hier fanden sich einst die riesigen Marinewerften, die nun samt und sonders dem Erdboden



Im «alten Land» bei Hamburg. Ein niedersächsisches Bauernhaus hinter dem Deich.

gleichgemacht worden sind und — Arbeitslose im Uebermass zurückgelassen haben. Im Gegensatz zu dem geschäftigen Treiben in Hamburg und Bremen ist Wilhelmshaven wirklich beinahe tot. Abends ergeht sich die Bevölkerung auf der Hauptstrasse, ohne stark vom Fahrzeugverkehr behindert zu werden. Noch überall zeugen die Trümmer von der schweren Zeit, durch die die Stadt hindurch musste. Zwar wurde sie nicht am stärksten, doch am häufigsten aus der Luft angegriffen, galt es doch hier das Nervenzentrum der deutschen Kriegsmarine kampfunfähig zu machen oder doch mindestens es immer wieder in seiner geschäftigen Arbeit für den Krieg zu stören. Der 3. September 1939 — der erste Kriegstag — sah schon britische Bomber über Wilhelmshaven und während des ganzen Krieges rissen die Bomber-Raids über der schwergeprüften Stadt nie ab, wenn auch nie eigentliche Bombenteppiche ganze Quartiere zudeckten und vernichteten.

Vor der Stadt in *Rüstersiel* steht das Hochschuldorf. Früher einmal war da die Marineschule, heute umfasst es fünf verschiedene Schulen staatlicher und privater Natur. Neben der bedeutsamen Hochschule für Wirtschaft, Politik und Arbeit des Landes Niedersachsen, die ungefähr 160 Studenten zählt, hat hier auch die

Genossenschaftsschule

des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften ihren Sitz. Deren Leiter *Hans Stahl* hat uns hier aufs freundlichste willkommen geheissen und uns im übrigen die Arbeit eingehender Berichterstattung insofern abgenommen, als er uns einen Bericht über die Tätigkeit der Genossenschaftsschule seit ihrer vor zwei Jahren erfolgten Wiedereröffnung zur Verfügung gestellt hat, den wir an anderer Stelle veröffentlichen.

(Fortsetzung folgt) M.

Was gibt es Neues bei der Coop-Leben ?

Ab 1. September werden bei der Coop-Leben Versicherungen bis zu Fr. 10 000.— Versicherungssumme ohne ärztliche Untersuchung entgegengenommen.

Bisher hatte sich ein Antragsteller zur Untersuchung beim Arzte einzufinden, wenn die Vericherungssumme Fr. 4000.— überschritt. Einzig beim Spezialtarif «Vater und Kind» wurden Versicherungen bis Fr. 5000.— ohne ärztliche Untersuchung zugelassen. Jetzt sind diese Grenzen ganz allgemein auf Fr. 10 000.— hinaufgesetzt worden.

Warum? Die Coop-Leben hat die Erfahrung gemacht, dass der Sterblichkeitsverlauf der Versicherungen, welche grundsätzlich ohne ärztliche Untersuchung abgeschlossen worden sind, gar nicht schlecht war. Die Beurteilung des Risikos stützt sich in diesem Fall auf die wahrheitsgetreue Beantwortung der Gesundheitsfragen im Antragsformular. Es stellt der Wahrheitsliebe unserer Bevölkerung ein gutes Zeugnis aus, dass Rücktrittserklärungen vom Vertrag wegen unwahrer Angaben im Antrage äusserst selten sind. Die Coop-Leben ist überzeugt, dass sie auch nach der Heraufsetzung der Grenze für Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung *gute* Erfahrungen in dieser Hinsicht machen wird.

Erfahrungsgemäss gehen nicht alle Leute gerne zum Arzt. Dieser Gang soll den künftigen Genossenschaftern der Coop-Leben, also jenen Leuten, die sich bei ihr versichern lassen wollen, tunlichst erspart werden.

Ferner hat unere genossenschaftliche Lebensversicherung von jeher danach getrachtet, die Kosten auf ein Minimum zu begrenzen. Dadurch, dass nun Versicherungen bis zu Fr. 10 000.— Versicherungssumme ohne ärztliche Untersuchung beantragt werden können, wird sich das Aufnahmeverfahren wesentlich einfacher und damit rationeller gestalten lassen. Die Einsparung des Arzthonorares wird weniger ins Gewicht fallen, weil zur Abklärung des Risikos voraussichtlich in vermehrtem Masse sogenannte Hausarztatteste beigezogen werden müssen. Ausserdem wird es jedem Antragsteller auch in Zukunft freistehen, sich doch einer ärztlichen Untersuchung unterziehen zu lassen, wenn er eine Lebensversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens Fr. 5000.— beantragt.

An dieser Stelle sei übrigens wieder einmal darauf hingewiesen, dass die Coop-Leben für die Vornahme ihrer ärztlichen Untersuchungen nach der freien Wahl des Antragstellers jeden in der Schweiz patentierten Arzt zulässt. Sie kennt das System der gesellschaftseigenen Vertrauensärzte nicht, augenommen für Spezialuntersuchungen.

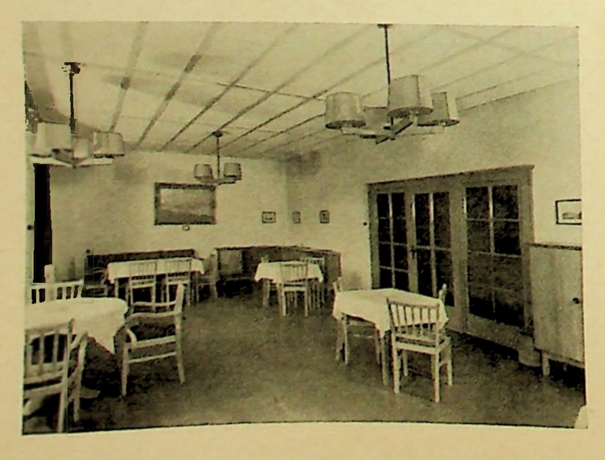
Zwei Jahre wieder Genossenschaftsschule in der deutschen Bundesrepublik

Hans W. Stahl, Leiter der Genossenschaftsschule

Die in Hamburg im Jahre 1920 gegründete Genossenschaftsschule des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften konnte seit dem Wiederaufbau der Konsumgenossenschaften nunmehr im Hochschuldorf Wilhelmshaven-Rüstersiel, im August dieses Jahres wieder auf ein zweijähriges Wirken zurückblicken.

1945 übernahmen die deutschen Konsumgenossenschaften ein materielles und, was noch viel schlimmer war, ein ideelles Trümmerfeld. Zu ihrem Wiederaufbau benötigten sie dringender denn je kaufmännisch und technisch erfahrene und erprobte Genossenschafter als *Führungskräfte;* fachtüchtige und leistungswillige Genossenschafter als *Mitarbeiter* und in der Werbung geschickte, überzeugungstreue Genossenschafter als *Funktionäre.* Um diese genossenschaftlichen Praktiker schneller zu verantwortlichen Arbeiten heranzuziehen, hat man inzwischen ein dreistufiges Schulungssystem systematisch aufgebaut.

Der Aufenthaltsraum in der Genossenschaftsschule.



So bemühen sich die Konsumgenossenschaften auf *örtlicher* Basis um die zusätzliche Ausbildung der Lehrlinge und Erziehung der fachlichen *Mitarbeiter* (Verteilungsstellenleiter, Verkäuferinnen u. a.) und *Funktionäre;* auf *bezirklicher* Ebene in den fünf Landesverbänden um die Erziehung und Bildung der *leitenden Mitarbeiter* und *Funktionäre* und schliesslich zentral um die Erziehung und Bildung der *führenden Mitarbeiter* (Geschäftsführer, haupt- und nebenamtliche Vorstandsmitglieder) und *Spitzenfunktionäre* (Aufsichtsräte u. a.).

In der deutschen Genossenschaftsschule zu Wilhelmshaven werden internatsweise Semesterlehrgänge für den genossenschaftlichen *Führungsnachwuchs* abgehalten. In Vorlesungen, Seminarien und auf Exkursionen lernen bewährte Mitarbeiter aus der genossenschaftlichen Praxis im Alter von 25 bis 35 Jahren in 6 Monaten das Genossenschafts- und Vertriebswesen, Buchführung und Betriebswirtschaft, Genossenschaftsrecht, Warenkunde u. a. gründlich kennen.

Neben dieser *Tiefenschulung* wird eine ständige *Breitenschulung* von den Lehrkräften der Genossenschaftsschule unter Mitwirkung der Verbände und von

Spezialisten in Form von Kurzlehrgängen für *Führungsfachkräfte* draussen im Lande durchgeführt. In allen *Fach-Kurzlehrgängen* wird einführend *grundsätzlich das Genossenschaftswesen* behandelt und anschliessend das Fachgebiet, je nach der entsprechenden Sparte, so *gründlich* und *praxisnah* wie nur möglich.

Seit ihrem Wiederbestehen hat die Genossenschaftsschule nachfolgende *Nachwuchs-Semesterlehrgänge* und *Fach-Kurzlehrgänge* durchgeführt, beziehungsweise gehen diese in Kürze ju Ende:

3 Semester-Lehrgänge in Wilhelmshaven	Dauer je 6 Monate
3 Lehrgänge für Vorstandsmitglieder und leitende Mitarbeiter	je 4 Wochen
2 Lehrgänge für Backmeister	je 3 Tage
2 Lehrgänge für Oberbäcker, Schichtführer und Teigmacher	je 4 Tage
14 Aufsichtsratslehrgänge (Vorsitzende und Prüfungskommissionen	je 4 Tage
1 Lehrgang für Sekretäre, Werbeleiter und Ausbildungsleiter	3 Wochen
1 Sekretärkonferenz	3 Tage
1 Lehrgang für Verteilungsstellenleiter . . .	1 Woche
5 Lehrgänge für Verteilungsstellen-Kontrolleure und -Prüfer	je 1 Woche



Die Teilnehmer am dritten Semesterkurs der Genossenschaftsschule. Vorn von links nach rechts: H. Oldewurtel, Lehrer, Dr. H. Mühlemann, Hans Stahl, Leiter der Genossenschaftsschule.

An den insgesamt 32 Lehrgängen beteiligten sich nahezu 940 genossenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Der weitaus grösste Teil dieser Lehrgangsteilnehmer hat sich das Rüstzeug erworben, um neben seiner spezifischen Facharbeit auch in der *Mitgliederwerbung* und *Personalerziehung* in den Konsumgenossenschaften wertvolle Dienste leisten zu können. Die Unterbringungs- und Verpflegungskosten sowie das Fahrgeld wurden vom Zentralverband aufgebracht.

Ausser dem Leiter der Genossenschaftsschule und vier haupt- und nebenamtlichen Lehrern wirkten bisher 57 führende genossenschaftliche Praktiker vom Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK), von der Geschäftsleitung der Grosseinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften (GEG), vom Vorstand der Volksfürsorge und Pensionskasse, von den Spezialabteilungen des Zdk und den GEG-Betrieben sowie verantwortliche Männer aus den Verbänden, den Konsumgenossenschaften, Experten und Wissenschafter mit.

Von den *ausländischen Freunden* dozierten bisher an unserer Schule Mr. *Watkins*, der Berater der englischen Militärregierung in Genossenschaftsfragen, über interessante «Probleme der internationalen Genossenschaftsbewegung» und über «Die Rochdaler Grundsätze und die moderne Verteilungstechnik». Ferner hielt Dr. Hans E. *Mühlemann* (Basel) mehrere Vorlesungen über «Die Entwicklung und den Stand der schweizerischen Konsumgenossenschaftsbewegung» und stellte besonders die Aufgabengebiete der grossen Anzahl von Zweckgenossenschaften und die Eigenheiten der schweizerischen Bewegung wirkungsvoll heraus. Um die Verpflichtung weiterer ausländischer Gastreferenten bemühen wir uns.

Ein mehrwöchiger Aufenthalt des Leiters der Genossenschaftsschule in Var Gard, Schweden, und seine Teilnahme an der internationalen Schulleiterkonferenz in Stanford Hall, mit anschliessenden Exkursionen nach Manchester, Rochdale und London, im Vorjahr, haben viele wertvolle Anregungen für unsere deutsche genossenschaftliche Erziehungs- und Schulungsarbeit gegeben.

Die bisherige Erfahrung hat uns gelehrt, dass nur *überzeugte Genossenschafter* und gleichzeitig *tüchtige Fachkräfte* als Mitarbeiter in Gemeinschaft mit den Genossenschaftsfunktionären imstande sind, durch ihre *genossenschaftliche Leistung* und die Propagierung der *genossenschaftlichen Idee* die Mitglieder zu wirklichen Genossenschaftern zu erziehen.

Dieses Ziel anzustreben, hat sich unsere ständig im Aufbau begriffene genossenschaftliche Erziehungs- und Bildungsarbeit in den Konsumgenossenschaften, in den Verbänden und insbesondere in der nun zwei Jahre bestehenden Genossenschaftsschule des Zentralverbandes zur Aufgabe gemacht. Sie will mit ein wertvoller Faktor sein, um das organische Wachstum unserer wieder erstarkenden deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung günstig zu beeinflussen.

Volkswirtschaft

FAO-Bericht über Reisversorgungslage der Welt

Wie aus einem Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) hervorgeht, dürfte der koreanische Konflikt die für einen Import nach anderen Ländern zur Verfügung stehenden Reisvorräte nicht ernsthaft beeinträchtigen. Nichtsdestoweniger empfiehlt der Bericht eine sorgfältige Planung in den Reis erzeugenden ebenso wie in den Reis konsumierenden Ländern.

Burma, das normalerweise unter den Reis exportierenden Ländern an erster Stelle steht, konnte zwar in letzter Zeit infolge seiner inneren Wirren seine Reislieferungen nicht in vollem Masse aufrechterhalten, doch deuten jüngste Berichte darauf hin, dass nach Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Lande die Reisexporte aus Burma im Jahre 1951 mehr als 1 Million Tonnen ausmachen dürften, verglichen mit ungefähr 800 000 Tonnen im laufenden Jahr.

Korea selbst ist ein Reis- und Getreideanbauland, wobei Reis mit 58% der Gesamtproduktion vorherrscht. Vor dem Krieg wurden fast 40% des in Korea angebauten Reises nach Japan exportiert und durch billigere Getreidesorten, zum Beispiel aus der Mandschurei ersetzt. Infolge des ausserordentlichen Bevölkerungszuwachses

von 15,87 Millionen im Jahre 1944 auf 19,37 Millionen im Jahre 1946 wurde Südkorea in der Nachkriegszeit zu einem Nahrungsmittel einführenden Gebiet. Der erhöhte Bedarf wurde bis zum Jahre 1948 durch erhöhte Einfuhren befriedigt; seit 1949 war Südkorea jedoch wieder in der Lage, seinen Bedarf selbst zu decken.

Sollten die derzeitigen Kämpfe in Südkorea bis zu der normalerweise im September und Oktober stattfindenden Ernte andauern, so muss allerdings mit einer weitgehenden Vernichtung der Kulturen gerechnet werden. In diesem Falle würde es sich als notwendig erweisen, im Jahre 1951 insgesamt 500 000 Tonnen Reis und Getreide nach Südkorea einzuführen.

Im allgemeinen hat die Welterzeugung an Reis wieder ihren Vorkriegsstand erreicht; in Indien liegt sie höher als vor dem Krieg, in China muss mit einer teilweisen Missernte gerechnet werden, während auf dem amerikanischen Kontinent eine Rekordernte zu verzeichnen ist. Der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung ist jedoch auf der ganzen Welt weiter niedrig.

Uneinheitliche Lage des internationalen Kaffeemarktes

Die Lage auf dem internationalen Kaffeemarkt wird gegenwärtig nicht einheitlich beurteilt. Die letzten Schätzungen der Ernte des Jahres 1949/50 liegen zwar um etwa 4 % höher als die November-Schätzungen. Es wird aber immer noch damit gerechnet, dass der Ausfuhrüberschuss um 5 % niedriger sein wird als im Jahre 1948/49, in dem er auf 31,5 Millionen Sack geschätzt wurde. Im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre 1935 bis 1939 betrug der Ausfuhrüberschuss 35,9 Millionen Sack. Die starken Preissteigerungen der letzten Monate wurden hauptsächlich darauf zurückgeführt, dass in den Vereinigten Staaten wieder Kaffeevorräte angelegt wurden und sich auch der nordamerikanische Handel stärker eindeckte. Die Statistiken über die Verschiffungen zeigen jedoch, dass die Vereinigten Staaten wohl, wie stets, der grösste Abnehmer gewesen sind, die Lieferungen an die europäischen Länder aber erheblich zugenommen haben. Auch gegenwärtig ist die europäische Nachfrage in Brasilien und anderen Lieferländern hoch. Die brasilianische Regierung erwägt seit einiger Zeit eine Quotierung ihrer Kaffeeausfuhr, um den Absatz vorwiegend in die Länder zu lenken, die mit Dollars und anderen harten Währungen bezahlen oder ihrerseits vorteilhafte Warenlieferungen zu bieten haben. Die weitere Entwicklung der Marktlage wird vor allem davon abhängen, ob das Steigen der Kaffeepreise einen Rückgang des Verbrauchs zur Folge hat. Die gute Ertragslage hat in den beiden letzten Jahren zu einer Ausweitung der Anbaufläche in den nördlichen Provinzen Brasiliens und in anderen Gebieten geführt und wird weitere Steigerungen der Produktion nach sich ziehen.

Bibliographie

Sparer und Zinszerfall. Nicht um eine Diskussion über diese an sich sicher wichtigen Probleme auszulösen, die dem unmittelbaren Interessenkreis unseres Blattes auch nicht zugehören, veröffentlichen wir diese «Stimme aus dem Leserkreis». Wir tun es in der Ueberzeugung, dass jedes Problem von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden kann und dass jede sachlich vorgetragene Ansicht beanspruchen darf, gehört zu werden. (Die Red.)

In der Spalte «Bibliographie» ist eine mit V. S. M. gezeichnete Buchbeschreibung über die Neuerscheinung «Der Sparer und der Zinszerfall» abgedruckt, die mich zum Widerspruch zwingt. Wenn hier von der Zinsverdammungslehre der Freiwirtschafter und vom Abwegigen der freiwirtschaftlichen Zinslehre die Rede ist, so zweifle ich sehr daran, dass es dem Verfasser dieser Buchbesprechung wirklich darum zu tun ist, sachlich über das Zinsproblem mit Andersdenkenden zu diskutieren. Wenn vor allem im Zusammenhang mit dem wirtschaftlich benachteiligten Sparer und Rentner die Schuld den niederen Zinssätzen zugeschoben wird, so ist dies eine einseitige Betrachtung. Wir sind der Auffassung, die Inflation habe dem Sparer weit mehr geschadet als die niederen Zinssätze.

Ich lebe und wirke in einer Gegend, wo die Verschuldung der Bauernbetriebe nicht eine Ausnahme bildet und könnte daher ein Liedchen singen von den «Segnungen» des Zinses. Ich sehe es fliessen, dieses Geld, das Zins bedeutet, hin zu den Banken. Es sind nicht die kleinen Sparer, die davon profitieren. Es sind aber die kleinen Sparer, die ein Leben lang dazu verdammt sind, einen grossen Teil des Arbeitsertrages als Tribut an das Kapital abzuliefern auch dann, wenn es ihnen an Brot für die Kinder mangelt. Vor meinen Augen defilieren arme, bucklige Männlein, junge und alte abgearbeitete Frauen, die trotz schwerer Arbeit im Dienste des Kapitals der jungen Generation die gleichen Schulden zurücklassen, die sie von den Vätern übernommen haben. Es sind Leute, die alles entbehren müssen, die mit einem nie erfüllbaren Verlangen den Luxusautos samt Inhalt, die über die Strassen Bündens rollen, nachsehen. Nur ein Weniges von diesem Schönen möchten sie auch sehen, aber zuerst kommt der Zins und nochmals der Zins. Glauben Sie mir, diese Zustände lassen die Einsicht reifen, dass etwas nicht sauber ist im Schweizerland. Wer will uns Freiwirtschafter daran hindern, im Kampfe gegen diese schreienden Ungerechtigkeiten die Ursachen davon zu bekämpfen. Es ist Sisyphusarbeit im Dienste des Kapitals, sich dafür einzusetzen, den Rentnern und Sparern den Zins zu erhalten um den Preis viel grösserer Nachteile für das arbeitende Volk. Wir können uns viel schönere Zustände auch für die Sparer vorstellen. Vor allem möchten wir es ihnen gönnen, für die einstmals vermeintlich vollwertig gesparten Franken nicht bloss einen schäbigen Rest entwerteter Rappen zu erhalten.

Math. Conrad,
Mitglied der Betriebskommission der KG Beverin

100 Jahre Genossenschaftsbewegung — 100 Jahre Volksbanken. 1850—1950. 150 S., 4 Bilder, Lexikonformat. Herausgeber: Oesterreichischer Genossenschaftsverband (Wien, I., Teinfaltstr. 1). — Im Selbstverlag Wien 1950 — Preis, broschiert S. 10.—.

Im Jahre 1950 wurde in Klagenfurt die erste, nach modernen Gesichtspunkten errichtete Genossenschaft gegründet, und zwar interessanterweise in Unkenntnis der zum gleichen Zeitpunkt durch den bekannten Nationalökonomen Dr. Hermann Schulze aus Delitzsch erfolgten Gründung der ersten deutschen Volksbanken und genossenschaftlichen Assoziationen. Der Oesterreichische Genossenschaftsverband hat dieses denkwürdige Ereignis zum Anlass einer Jahrhundertfeier genommen, an der die Spitzen der Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft teilgenommen haben; die zur Jahrhundertfeier in hervorragender Ausstattung herausgegebene Festschrift bringt einleitend eine Geschichtstafel der Genossenschaftsbewegung und ihrer Klassiker unter Aufzählung der wichtigsten Meilensteine der genossenschaftlichen Entwicklung sowie der Genossenschaftsgesetzgebung in Oesterreich und in der übrigen Welt.

An Stelle von Schilderungen geht die Festschrift den interessanten Weg, durch Auszüge aus zahlreichen seit 1850 erschienenen Publikationen die markantesten Auffassungen zur Genossenschaftsfrage widerzugeben. Hiebei wird auf historische Dokumente Bezug genommen, die bereits als verschollen gelten konnten. Die Festschrift enthält u. a. auch einen Beitrag des Bundespräsidenten der Westdeutschen Bundesrepublik Prof. Dr. Heuss. Abschliessend erfährt man, dass der Internationale Genossenschaftsbund, in den der Oesterreichische Genossenschaftsverband mit seinen 500 genossenschaftlichen Unternehmungen als jüngstes Mitglied vor kurzem aufgenommen wurde, in seinem 50-jährigen Bestand zur grössten Organisation der Welt mit 100 Millionen Mitgliedern in allen Kontinenten entwickelt wurde und im Sozial- und Wirtschaftsrat der UNO zugelassen ist.

Die gefällig aufgemachte Publikation wird durch Originalbeiträge des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, der Bundesminister für Inneres, Finanzen, Handel und Wiederaufbau, des

Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien und von Generaldirektor Dr. Joham eingeleitet.

Als Herausgeber zeichnet der Oesterreichische Genossenschaftsverband, die Auswahl der interessanten Texte besorgte Dozent Dkfm. Josef Rois.

Das Problem der Gemeinschaft in der Schule. 68 Seiten, broschiert, Fr. 2.50, inklusive Wust. Das Genossenschaftliche Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi), Freidorf bei Basel, führte im Sommer 1949 einen Kurs über das Gemeinschaftsproblem in der Erziehung durch, dessen wesentlichste Gedanken nunmehr in einer Broschüre vorgelegt werden.

Es kommen kompetente Referenten zu Worte: Dr. Ludwig Binswanger («Ueber Wesen, Möglichkeiten und Grenzen der Gemeinschaft»), Prof. E. Milhaud («Die Aktualität des Gemeinschaftsproblems»), Dr. C. Günther («Gemeinschaft bei Heinrich Pestalozzi und in der modernen Erziehungsbewegung»), Dr. E. Burren («Das Problem der Gemeinschaft in den heutigen Schulen»), M. Colombain («Die Schülergenossenchaften»), Dr. H. Hugi («Praktische Erfahrungen mit Schulgemeinschaften und Schulgenossenschaften») und Paul Perret («Praktische Versuche und Erfahrungen mit Schülergenossenschaften in der welschen Schweiz»). Die Schrift ist eingeleitet von Dr. H. Faucherre, dem Leiter des Genossenschaftlichen Seminars; sie wurde bearbeitet von Dr. H. Dietiker.

Eine Fülle von Ideen und Gesichtspunkten wird auf diesen 68 Seiten geboten. Jeder, der sich mit Schul- und Erziehungsfragen beschäftigt, findet in der Broschüre wertvolle Aufschlüsse und Anregungen.

Wiedereingliederung Gebrechlicher ins Erwerbsleben. Das Heft Nr. 2 der Zeitschrift Pro Infirmis ist vor allem den Fragen der Wiedereingliederung Gebrechlicher ins Erwerbsleben gewidmet. Es sprechen sich darüber aus Fach- und Vertrauensleute der Gewerkschaften, der Fürsorge, der Beamtenschaft der PTT, der Berufsberatung und der schweizerischen Gesetzgebung.

Das Heft ist zu beziehen beim Zentralsekretariat Pro Infirmis, Zürich 1, Kantonsschulstrasse 1. Preis: 70 Rp. zuzüglich Porto.

Verbandsdirektion

Die *Herbstkreiskonferenzen des V. S. K. pro 1950* und die Vertretung der Direktion sind wie folgt festgelegt worden:

Kreis	Datum	Versammlungsort	Delegierter der Verbandsdirektion
I	1. Oktober	Broc	Ch.-H. Barbier
II	22. Oktober	Courrendlin	Ch.-H. Barbier
IIIa	29. Oktober	Laufen	H. Rudin
IIIb	19. Oktober	Steg-Gampel	Dr. L. Müller
IV	22. Oktober	Basel	Prof. Max Weber
V	8. Oktober	Niederrohrdorf	Dr. L. Müller
VI	15. Oktober	Gurtnellen	H. Rudin
VII	21. Oktober	Schaffhausen	Prof. Max Weber
VIII	7. Oktober	Speicher	H. Rudin
IXa	15. Oktober	Rapperswil	O. Zellweger
IXb	8. Oktober	Zernez	O. Zellweger
X	15. Oktober	Arogno	Ch.-H. Barbier

Wir wiederholen, dass als Traktandum des V. S. K. für diese Versammlungen vorzumerken ist:

«Die kulturellen Leistungen der Konsumvereine».

Die Kreisvorstände werden gebeten, die Einladung mit der Traktandenliste möglichst bald festzulegen, soweit dies noch nicht geschehen ist, und der Direktion zur Publikation einzusenden.



16. bis 22. September 1950

Einzig autorisierte Veröffentlichung dieses Spezial-Horosco-ops. Jeglicher Nachdruck ist verboten. Eine Verantwortung kann nicht übernommen werden.



Wassermann (21. Januar bis 18. Februar)

Pflegen Sie Ihre persönlichen Neigungen mit Mass und Ziel, das wird Ihnen Entspannung bringen. Pflegen Sie aber auch — die Co-op Artikel!



Fische (19. Februar bis 20. März)

Lernen Sie sich an den kleinen Freuden des Lebens zu erfreuen, dann wird der «graue Alltag» erfüllt von tausend Wundern.



Widder (21. März bis 20. April)

Streichen Sie das Wort «unmöglich» und ersetzen Sie es durch «trotzdem» — es wird sich manches ändern, auch bei Ihrem Absatz in Co-op Artikeln!



Stier (21. April bis 21. Mai)

Eine tüchtige Fusswanderung würde Ihnen jetzt gut tun. Versehen Sie sich mit Co-op Tourenproviant und Coop-Schuhen, dann gehen Sie sicher.



Zwillinge (22. Mai bis 21. Juni)

Lassen Sie sich nur nicht einschüchtern. Gehen Sie mutig voran, dann wird man Ihre Ansprüche anerkennen.



Krebs (22. Juni bis 22. Juli)

Eine unerwartete Einladung wird Ihnen Freude bereiten. Bringen Sie ein kleines Geschenklein mit.



Löwe (23. Juli bis 22. August)

Achten Sie auf die Form; selbst die unscheinbarsten Dinge kann man auf eine angenehme und freundliche Art präsentieren.



Jungfrau (23. August bis 22. September)

Kaufen Sie ein Paar währschafte Coop-Schuhe, dann haben Sie im Winter nichts zu fürchten — und pflegen Sie sie mit Coop-Schuhcrème.



Waage (23. September bis 22. Oktober)

Jetzt ist es an der Zeit, wieder einmal ein kleines Familienfest zu veranstalten. Solche Anlässe fördern das Zusammengehörigkeitsgefühl.



Skorpion (23. Oktober bis 21. November)

Regelmässigkeit erspart manchen Aerger. Machen Sie noch diese Woche den Anfang — werben Sie regelmässig für «Teddy».



Schütze (22. November bis 21. Dezember)

Lachen Sie wieder einmal so von ganzem Herzen, dann sieht alles, alles wieder anders aus.



Steinbock (22. Dezember bis 20. Januar)

Sagen Sie nicht «ja», bevor Sie Ihrer Sache sicher sind.

Vereinigung genossenschaftlich gesinnter Leherer des Kreises IV des V. S. K.

Die genossenschaftliche Lehrervereinigung des Kreises IV führt demnächst eine

Wochenendtagung auf dem Oberbalmberg bei Solothurn

durch. Uebungsgemäss wird dabei das Ziel verfolgt, jedem Teilnehmer sowohl in genossenschaftlicher wie in allgemein pädagogischer Hinsicht etwas zu bieten. Aus dem Programm dieser Tagung greifen wir folgendes heraus:

Samstag, 30. September 1950

15.45 Uhr Solothurn ab mit Extra-Postauto.
17.00 Uhr *Geographisch-geschichtliche Orientierung* durch *E. Wiggli*, Verwalter der Heilanstalt Rosegg.
18.00 Uhr Vortrag über «*Die schwedische Genossenschaftsbewegung*» von *Hans Handschin*, Bibliothekar des V. S. K.
20.30 Uhr *Zusammenkunft mit Josef Reinhart.*

Sonntag, 1. Oktober 1950

9.00 Uhr Vortrag über «*Probleme des Genossenschaftswesens*» von *Dr. H. Faucherre*, mit Diskussion. Besichtigung des Kinderheims Oberbalmberg.
14.00 Uhr Vortrag über «*Bestrebungen zur Bildung Erwachsener in der Welt und bei uns*» von *Dr. Fritz Wartenweiler.*

Die Zahl der Teilnehmer ist auf ca. 30 beschränkt. Die verschiedenen Mahlzeiten sind gemeinsam vorgesehen. Unterkunft wird im Kurhaus Oberbalmberg besorgt. Kosten: Fr. 17.—; für Mitglieder Fr. 10.—.
Interessenten erhalten nähere Auskunft durch die *Bibliothek des V. S. K.* (Thiersteinerallee 14, Basel), an welche auch die Anmeldungen spätestens *bis zum 25. September* zu richten sind.

Zentralverwaltung

Am 12. September 1950 konnten die Herren *Karl Dürr*, Röster, und *Rudolf Meyer*, Magaziner, im Lagerbetrieb Pratteln, das 40jährige Dienstjubiläum feiern.

Wir gratulieren herzlich und danken den beiden Jubilaren für die langjährige treue Mitarbeit.

Arbeitsmarkt

Nachfrage

Lebensmittelverkäuferin mit besten Berufskenntnissen und gutem Ordnungssinn sowie mit Kenntnissen in der Schaufenster- und Ladengestaltung bieten wir interessante, gutbezahlte Dauerstelle mit geregelter Freizeit. Eintritt so schnell wie möglich. Offerten mit Zeugniskopien und Bild an die Verwaltung des Lebensmittelvereins Wallenstadt (St. G.).

Wir suchen für unsere Filiale Gartenstadt (Umsatz ca. 170 000 Franken) tüchtige Erste Verkäuferin als **Filialleiterin** mit guten Kenntnissen der Lebensmittel-, Haushaltartikel- und Manufakturwarenbranche. Bewerberinnen wollen bitte Offerten, Zeugniskopien, Referenzen und Photo richten an den Präsidenten der Allg. Konsumgenossenschaft Rapperswil, Herrn Hans Sturzenegger, Grüzenstrasse, Rapperswil.

Wir suchen für unser Hauptgeschäft in Meiringen (Jahresumsatz 450 000 Franken) eine **Erste Verkäuferin** (evtl. Verkäufer). Erfordernisse: Gründliche Branchenkenntnisse in Lebensmitteln, Manufakturwaren und Haushaltartikeln. Die Bewerberinnen (evtl. Bewerber) müssen zur Führung des Verkaufslokals befähigt sein und dem übrigen Verkaufspersonal vorstehen können. Eintritt auf 1. November 1950 oder früher. Alter nicht unter 25 Jahren. Geregelte Arbeits- und Freizeit. Branchenkundige Bewerberinnen (evtl. Bewerber) wollen ihre Offerten richten an die Verwaltung der Konsumgenossenschaft Meiringen.

Die Konsumgenossenschaft Niederbipp und Umgebung sucht zum Eintritt auf 1. November 1950 oder nach Uebereinkunft für das modern eingerichtete Lebensmittelgeschäft Bahnhofplatz eine selbständige **Filialleiterin.** Umsatz ca. 200 000 Franken. Tüchtige Verkäuferinnen, die auch in der Dekoration gute Fähigkeiten besitzen, belieben Offerte bis 22. September 1950 an Herrn Hans Luder, Präsident der Konsumgenossenschaft Niederbipp, zu richten unter Beilage einer Photo, Zeugniskopien und Angabe der Gehaltsansprüche.

Angebot

Kaufmann, dipl. Volkswirtschafter, 30jährig, mit theoretischen und praktischen Kenntnissen des Genossenschaftswesens, gegenwärtig in ungekündigter Stelle bei einer Grossbank, wünscht auf Frühjahr 1951 das Tätigkeitsgebiet zu wechseln und sucht Stelle bei einer Konsumgenossenschaft, wo ihm Gelegenheit geboten wird, sich zum Verwalter oder Abteilungsleiter auszubilden. Offerten sind zu richten unter Chiffre J. K. 184 an die Kanzlei II. Departement V. S. K., Basel 2.

INHALT: Seite